

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)	13.12.2012

Unbearbeitete Anträge

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

AN/1533/2012

In einem Zeitraum von einem Jahr (Januar 2011 bis März 2012) sind eine Vielzahl von meist einstimmig beschlossenen Beschlüssen der Bezirksvertretung auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne jegliche Resonanz bei der Verwaltung geblieben. Als gewählte Bezirksvertreter/Innen der Kölner Innenstadt stehen wir in der Verantwortung und Verpflichtung gegenüber den Kölner Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb stellen wir uns die Frage, ob weitere Anträge inklusive Beschlussfassung aus Sicht der Bezirksvertretung noch eine sinnvolle politische Strategie darstellt, die zum Wohle der Stadt eingesetzt werden kann. Damit eine weitere vertrauensvolle und sinnvolle Zusammenarbeit von Bezirksvertretung und Verwaltung möglich ist, möchten wir in diesem Zusammenhang folgende Anfrage stellen:

- 1) Welche der hier in der Liste beigefügten Beschlüsse wurden bislang von der Verwaltung bearbeitet?
- 2) Zu welchem Ergebnis sind sie gekommen bzw. wie ist der aktuelle Stand?
- 3) Welche Schritte in welchem Zeitraum sieht die Verwaltung zur Umsetzung dieser Beschlüsse unter 1) vor?
- 4) Welche Begründung hat die Verwaltung im Einzelnen für die nicht unter Punkt 1 genannten Beschlüsse, diese nicht bearbeitet zu haben?
- 5) Welche Lösungen kann die Verwaltung vorschlagen, die es ermöglichen, Beschlüsse der Bezirksvertretung zügiger umzusetzen?

Antwort der Verwaltung:

Die aufgeführten Beschlüsse sind von den jeweils zuständigen Ämtern der Verwaltung umzusetzen.

Das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen bemüht sich generell, alle Beschlüsse der Bezirksvertretungen unverzüglich hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit zu prüfen und – soweit möglich – zeitnah umzusetzen. Sollte das Ergebnis der Machbarkeitsprüfung negativ ausfallen, erhält die Bezirksvertretung hierüber eine Mitteilung. Insofern für die Umsetzung eines Beschlusses ein längerer Zeitraum benötigt wird, erhalten die Bezirksvertretungen in den jährlichen Berichten über die Erledigung der von ihnen getroffenen Beschlüsse eine aktuelle Sachstandsmitteilung.

Das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen ist im vorliegenden Fall lediglich von dem in der Sitzung am 07.07.2011 getroffenen Beschluss zu **Baumpflanzungen in der Boisseréestraße, Meister-**

Gerhard-Straße, Moltkestraße betroffen.

Zunächst haben die Mitarbeiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen die Bereiche, in denen Baumpflanzungen möglich erscheinen, eruiert und festgelegt. Danach wurden Pläne über die dort möglicherweise im Erdreich verlegten Leitungen der verschiedenen Versorgungsträger angefordert. Als nächster Schritt ist vorgesehen, diese Informationen in die Lagepläne möglicher Baumstandorte einzutragen und den jeweiligen Pflanzpunkt festzulegen. Sobald diese neuen Baumstandorte mit den zu beteiligenden städtischen und nichtstädtischen Dienststellen abgestimmt sind, werden die Vorschläge der Bezirksvertretung zur Entscheidung vorgelegt.